**Deutscher Bundestag** **Drucksache 14/8132**

**14. Wahlperiode** 30. 01. 2002

# Entschließungsantrag

**der Abgeordneten Cornelia Pieper, Jürgen Türk, Ina Albowitz, Hildebrecht Braun (Augsburg), Horst Friedrich (Bayreuth), Ulrich Irmer, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Dr. Irmgard Schwaetzer, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung**
**– Drucksache 14/6979 –**

## Jahresbericht 2001 der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit spiegelt nur unvollkommen die gesamtwirtschaftliche und soziale Situation in den neuen Ländern wider. Viele Probleme und negative Entwicklungen bleiben darin ausgespart.

Seit einem Jahr befindet sich Ostdeutschland nicht mehr auf Wachstums- sondern auf Schrumpfkurs. Das zeigt sich u. a. daran, dass

– die Wirtschaftskraft des Ostens auf 60 Prozent des Westens abgesunken ist. Unter der Kohl-Regierung betrug sie noch 61,7 Prozent;

– die Arbeitslosenquote auf 17,6 Prozent hochgeschnellt ist. Das ist die höchste Rate seit dem Amtsantritt von Bundeskanzler Gerhard Schröder. Insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit ist trotz Jump-Programm (Sofortprogramm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit) mit rund 11 Prozent unvertretbar hoch;

– die Zahl der Abwanderer aus dem Osten wieder steigt. Im Vorjahr waren es über 200 000 Menschen, die den neuen Ländern den Rücken kehrten.

Es ist dringend notwendig, eine Trendumkehr zu erreichen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

1. die Verkehrsinfrastruktur verstärkt auszubauen:

   Die Verkehrswege sind die Lebensadern der Wirtschaft. Ohne eine tragfähige Infrastruktur laufen alle Bemühungen um die Ansiedlung von Investoren ins Leere. Insbesondere vor dem Hintergrund der Erweiterung der Europäischen Union kommen auf die neuen Bundesländer neue Anforderungen zu. Zur Bewältigung der schon jetzt deutlich absehbaren zusätzlichen Belas-

tungen der Verkehrswege durch die EU-Osterweiterung muss die Bundesregierung ein Sonderprogramm „EU-Osterweiterung“ auflegen, das über drei Jahre mit 1,5 Mrd. Euro ausgestattet werden soll.

Die Vorrangfinanzierung der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit muss beibehalten werden; der Einsatz von Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) der EU für die Verkehrswege in den neuen Ländern im Rahmen der Ziel-1-Förderung ist zu forcieren.

2. den Mittelstand verstärkt zu fördern:

   Der Mittelstand in den neuen Ländern muss stärker als bisher gefördert werden. Denn Mittelstandspolitik ist Arbeitnehmerpolitik. Die Bundesregierung ist aufgefordert, dahingehend geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Sinnvolle Konzepte zur Stärkung des Mittelstandes sind:

   – die Stärkung der Investitionskraft von Städten und Kommunen;
   – das Tariftreuegesetz zurückzuziehen, da es die Zahl der Firmenzusammenbrüche im ostdeutschen Baugewerbe in die Höhe treibt und die Arbeitslosigkeit im ostdeutschen Bausektor dramatisch erhöhen wird;
   – die Wirtschafts- und Exportkraft der ostdeutschen mittelständischen Unternehmen durch die Förderung ihrer regionalen Vernetzung zu erhöhen;
   – dafür Sorge zu tragen, dass Existenzgründer intensiver und zielgerichteter als bisher durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und die Deutsche Ausgleichsbank (DtA) beraten und begleitet werden.

3. den Wissenschaftsstandort Ostdeutschland verstärkt zu fördern:

   – Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, die bestehenden Regelungen zur Kofinanzierung der neuen Bundesländer in Umsetzung des 30. Rahmenplanes für den Hochschulbau bis 2004 zu verändern. Die betroffenen Länder sind angesichts der vielschichtigen Aufgabenstellungen derzeit nicht in der Lage, die erforderlichen Mittel aufzubringen.
   – Die Bundesregierung legt dem Deutschen Bundestag ein Hochschulsonderprogramm für die neuen Bundesländer für den Zeitraum 2003 bis 2007 mit dem Ziel vor, Lehre und Forschung an den Hochschulen zu stärken und Universitätsausgründungen an den Standorten zu unterstützen.
   – Die Bundesregierung wird aufgefordert, die institutionelle Förderung der Forschung an den Standorten in den neuen Bundesländern zu verstärken.
   – Die vorhandenen Biotechnologiestandorte in den neuen Bundesländern sind als innovative Wachstumskerne weiterhin zu fördern.
   – Der InnoRegio-Wettbewerb ist als eine echte Chance zum Aufbau innovativer Regionen zu werten. Die geplanten Mittel sind den Siegerregionen kontinuierlich und bedarfsgerecht zur Verfügung zu stellen. Die Verlängerung des Wettbewerbs ist Ausdruck von Anlaufschwierigkeiten, die weitgehend behoben sind. Jetzt sind die Impulse für einen wirtschaftlichen Aufschwung zu nutzen.

4. den Wohnungsbau und die Eigentumsentwicklung stärker zu fördern und den Strukturwandel zu ermöglichen:

   Die Bundesregierung muss verstärkt tragfähige Konzepte umsetzen, die geeignet sind, die gravierende Strukturkrise am Wohnungsmarkt Ost zu beseitigen. Einige Kernpunkte eines solchen Programms sollten sein:

- die Streichung der Altschulden der Wohnungswirtschaft Ost bei dauerhaftem Leerstand von mehr als 5 Prozent des Bestandes;
- ein für den Zeitraum von drei Jahren angelegtes Sonderprogramm im Volumen von 500 Mio. Euro für die dringlichsten Aufgaben der Stadtsanierung, der Wohnumfeldverbesserung und sinnvoller Abrisse;
- die Öffnung der vorhandenen KfW- und Städtebauförderungsprogramme für strukturverbessernde Maßnahmen;
- die Beseitigung fiskalpolitischer Hindernisse zur Erleichterung des Strukturwandels wie z. B. die befristete Befreiung von der Grunderwerbssteuer bei Strukturbereinigungsverkäufen und die befristete Aufhebung der 3-Objekte-Grenze für kleine Privatvermieter.

5. die Abwanderung der Leistungsträger zu stoppen:

   Die zahlreichen Mobilitätshilfen des Arbeitsförderungsrechts (§§ 53, 10 SGB III) müssen vor dem Hintergrund der Arbeitsmarktsituation und der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern überprüft werden. Unter den gegenwärtigen Voraussetzungen sind die Mobilitätshilfen in den neuen Ländern nichts anderes als „Abwanderungsprämien“. Wichtig sind ausreichende Mittel für die Rückkehr von Arbeitnehmern in den ersten Arbeitsmarkt, vor allem im regionalen Mittelstand. Die Bundesregierung muss Konzepte entwickeln, die zusätzliche Anreize für westdeutsche Unternehmen bieten, Niederlassungen und damit Arbeitsplätze in Ostdeutschland zu errichten, anstatt die Menschen aus den neuen Bundesländern zur Abwanderung in den Westen zu bewegen.

   Darüber hinaus ist die Lehrstellensituation weiterhin unbefriedigend. Nach wie vor sind hier Ausbildungsprogramme des Bundes und der Länder dringend erforderlich. Diese müssen sicherstellen, dass die Ausbildung sich an den Erfordernissen des Marktes ausrichtet. Schnellere Anpassungen des Ausbildungssystems und die finanzielle und rechtliche Unterstützung von Unternehmen, die neue Berufsbilder schaffen, stärken die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen der neuen Länder.

Berlin, den 29. Januar 2002

**Cornelia Pieper**
**Jürgen Türk**
**Ina Albowitz**
**Hildebrecht Braun (Augsburg)**
**Horst Friedrich (Bayreuth)**
**Ulrich Irmer**
**Dr. Heinrich L. Kolb**
**Jürgen Koppelin**
**Günther Friedrich Nolting**
**Hans-Joachim Otto (Frankfurt)**
**Dr. Edzard Schmidt-Jortzig**
**Dr. Irmgard Schwaetzer**
**Dr. Hermann Otto Solms**
**Carl-Ludwig Thiele**
**Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion**

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333